

Hitzeschutz

Betriebsärzte geben Tipps bei Hitze

Um die Gesundheit der Mitarbeitenden an heißen Tagen zu schützen, gibt der Verband Deutscher Betriebs- und Werksärzte (VDBW) Tipps, wie die Arbeitsbedingungen bei hohen Temperaturen verbessert werden können. Der Verband empfiehlt, mindestens zwei bis drei Liter an heißen Tagen zu trinken. Besonders empfohlen seien Getränke wie Wasser oder Fruchtttees. Auf süße Getränke oder Kaffee sollte verzichtet werden. Statt fettigem und schwerem Essen raten die Arbeitsmediziner zu leichter Kost wie Salaten, Gemüse und Joghurt. Bei der Wahl der Kleidung sollte auf eine leichte und luftige Garderobe aus Baumwolle oder Leinen geachtet werden, um die Hitze besser zu ertragen. Die Raumtemperatur in Büros sollte dem Verband zufolge nicht höher sein als 26 Grad Celsius. Daher sollte morgens stoßgelüftet werden. Tagsüber sollten Fenster geschlossen bleiben oder mit Jalousien abgedunkelt werden. Unternehmen mit einer Gleitzeitregelung empfiehlt der Verband, die Arbeitszeit vorzulegen und neben regulä-



Bei hohen Temperaturen am Arbeitsplatz sollten mindestens zwei bis drei Liter getrunken werden, empfehlen Betriebsärzte.

Foto: GlobalStock/istockphoto.com

ren Pausen auch zusätzliche kleine Pausen einzulegen. Für Arbeiten im Freien raten die Betriebsärzte zum Tragen einer Kopfbedeckung. Bei übermäßiger Sonneneinstrahlung seien Haut und Augen zu schützen und auf Baustellen Sonnenschutzmaßnahmen vorzunehmen. Arbeitgeber könnten auch anbieten, die Arbeitszeit und -intensität zu reduzieren oder die Mittagspause zu verlängern. *MST*

Freie Arztwahl

Aus „Du und die Welt“ wird „medizin heute“

Das Bündnis „Aktion Freiheit für Arzt und Patient“ veröffentlichte in der ersten September-Ausgabe 1973 des *Rheinischen Ärzteblattes (RÄ)* einen Aufruf, die im Deutschen Ärzte-Verlag herausgegebene Wartezeitzeitschrift *medizin heute* – *Das Gesundheitsmagazin* zu abonnieren. „Helfen Sie mit, ‚medizin heute‘ rasch zu einem nicht mehr überhörbaren und wirksamen Sprachrohr für die Erhaltung und Weiterentwicklung eines frei-

RA VOR 50 JAHREN

heitlichen Gesundheitswesens in allen seinen Zweigen zu machen!“ forderte das Führungsgremium der „Aktion“ alle niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sowie Zahnärzte auf. Dem Bündnis gehörten vor 50 Jahren 23 ärztliche und zahnärztliche Standesorganisationen an. Über „zehntausend Förderungsbeiträge von Ihnen und namhafte Zuwendungen der ärztlichen und zahnärztlichen Spitzenorganisa-

tionen“ legten den finanziellen Grundstock, um die bestehende Wartezeitzeitschrift *Du und die Welt* um- sowie auszubauen und unter dem Titel *medizin heute* monatlich zu veröffentlichen. Ziel war es, „die Meinung der Ärzteschaft in der Öffentlichkeit unmittelbar und unverfälscht zu Gehör zu bringen“. Der Zusammenschluss der Verbände hatte die Wahrung der vertrauensvollen Arzt-Patienten-Beziehung und die freie Arztwahl im Blick: „Einflussreiche Interessengruppen versuchen seit etwa zwei Jahren, unserer Bevölkerung vorzumachen, das Gesundheitswesen unseres Landes, besonders aber die Versorgung durch Ärzte und Zahnärzte, sei rückständig und leistungsschwach.“ Mit *medizin heute* beabsichtigte das Aktionsbündnis, sich der „Agitation“ bestimmter politischer Gruppen durch „ständige, sachgerechte Aufklärung der Bevölkerung“ entgegenzustellen. *medizin heute* wurde im Laufe der Jahre auf einen zweiwöchigen Erscheinungsrhythmus umgestellt. Die letzte Ausgabe erschien Ende 2005. *bre*

Bündnis gegen Depression

Erweiterte Gruppenangebote

Das Bündnis „Duisburg gegen Depression“ bietet für Betroffene ein erweitertes Gruppenangebot an. Die „Erfahrungsguppe für Menschen mit Depressionen“ richtet sich dem Bündnis zufolge an Patientinnen und Patienten, die auf einen Therapieplatz warten oder nach erfolgter Behandlung eine Nachbetreuung benötigen. Daneben bietet das Duisburger Bündnis gegen Depression weitere Gruppenangebote an. Die Teilnahme an den Gruppen ist kostenfrei. www.duisburg-gegen-depression.de. *MST*

Krankenhäuser

Reform weckt Existenzsorgen

Knapp 70 Prozent der Kliniken sehen sich durch die geplante Krankenhausreform in ihrer Existenz bedroht. Dies ergab eine Umfrage der Deutschen Krankenhausgesellschaft. Die Kliniken zweifeln daran, dass die Reform in wesentlichen Bereichen Verbesserungen bringen wird. Lediglich elf Prozent der befragten Häuser erwarten, dass sie durch die Reform mehr Personal gewinnen können. Gleichzeitig vermerkt eine Mehrheit positiv, dass die Fallpauschalen durch Vorhaltepauschalen ergänzt werden sollen. An das Versprechen, dass die Reform zu einem Bürokratieabbau führen werde, glauben lediglich neun Prozent der Befragten. 44 Prozent rechnen mit Schließungen von Fachabteilungen. An der Befragung beteiligten sich knapp 450 Allgemeinkrankenhäuser. www.dkgev.de. *bre*